



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

7. August 2020

# Wochenbericht KW 32

**forsa | Kantar | infratest dimap**

Wähleranteile:	Union bei 38 %, SPD bei 15 % bzw. 14 % Grüne bei 18 %, AfD bei 11 % bzw. 8 %
Problemlösungskompetenz:	46 % trauen der Union zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen
Wirtschaft:	Mehrheit erwartet Verschlechterung der ökonomischen Lage
Weltpolitische Lage:	52 % machen sich Sorgen um den Weltfrieden USA und Krankheiten werden als größte Bedrohungen wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

*Steffen Seibert*

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Kantar<sup>1</sup></b> für BamS	<b>infratest dimap<sup>2</sup></b> für ARD
CDU/CSU	38 (-)	38 (+1)	38 (+1)
SPD	14 (-)	15 (-1)	15 (-1)
FDP	6 (-)	6 (-)	6 (+1)
DIE LINKE	8 (-)	8 (-)	7 (-)
B'90/Grüne	18 (-)	18 (+1)	18 (-2)
AfD	8 (-1)	11 (+1)	11 (+1)
Sonstige	8 (+1)	4 (-2)	5 (-)
Erhebungszeitraum	27.-31.07.	30.07.-06.08.	03.-05.08.

Die Union liegt bei forsa 24 (-), bei Kantar 23 (+2) und bei infratest dimap 23 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Armin Laschet	16
Olaf Scholz	19
Robert Habeck	20
keinen davon	45
Erhebungszeitraum	27.-31.07.

Armin Laschet liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 3 Prozentpunkten hinter Olaf Scholz und mit 4 Prozentpunkten hinter Robert Habeck.

Annähernd die Hälfte der Bevölkerung präferiert keinen dieser möglichen Kanzlerkandidaten.

30 % der CDU-Anhänger präferieren Laschet, 18 % Scholz und 6 % Habeck.

Von den CSU-Anhängern würden sich 29 % für Laschet, 11 % für Scholz und 4 % für Habeck entscheiden.

62 % der SPD-Anhänger favorisieren Scholz, 11 % Laschet und 13 % Habeck.

Von den Grünen-Anhängern würden sich 72 % für Habeck, 3 % für Laschet und 12 % für Scholz entscheiden.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (09.08.2020)

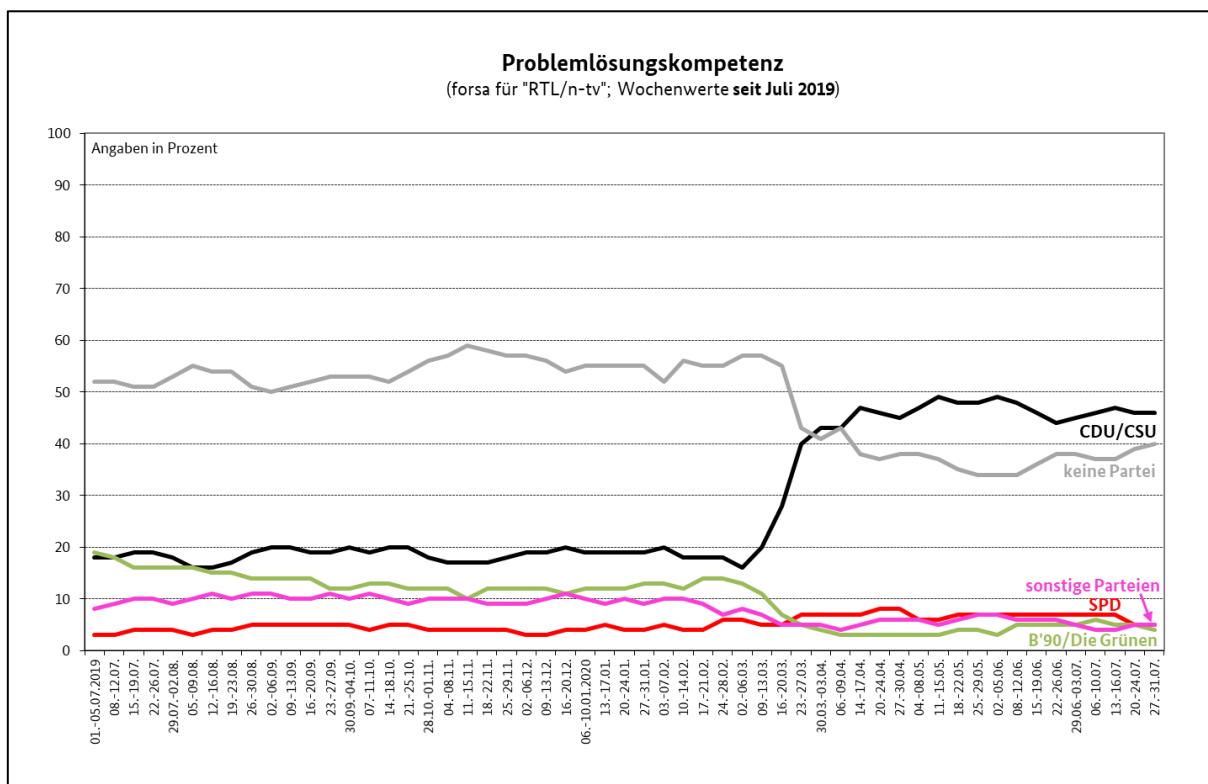
<sup>2</sup> im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 27

## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	46	(-)
SPD	5	(-)
Grüne	4	(-1)
sonstige Parteien	5	(-)
keine Partei	40	(+1)
Erhebungszeitraum	27.-31.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 41 (-) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 6 (-1) Prozentpunkten vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.



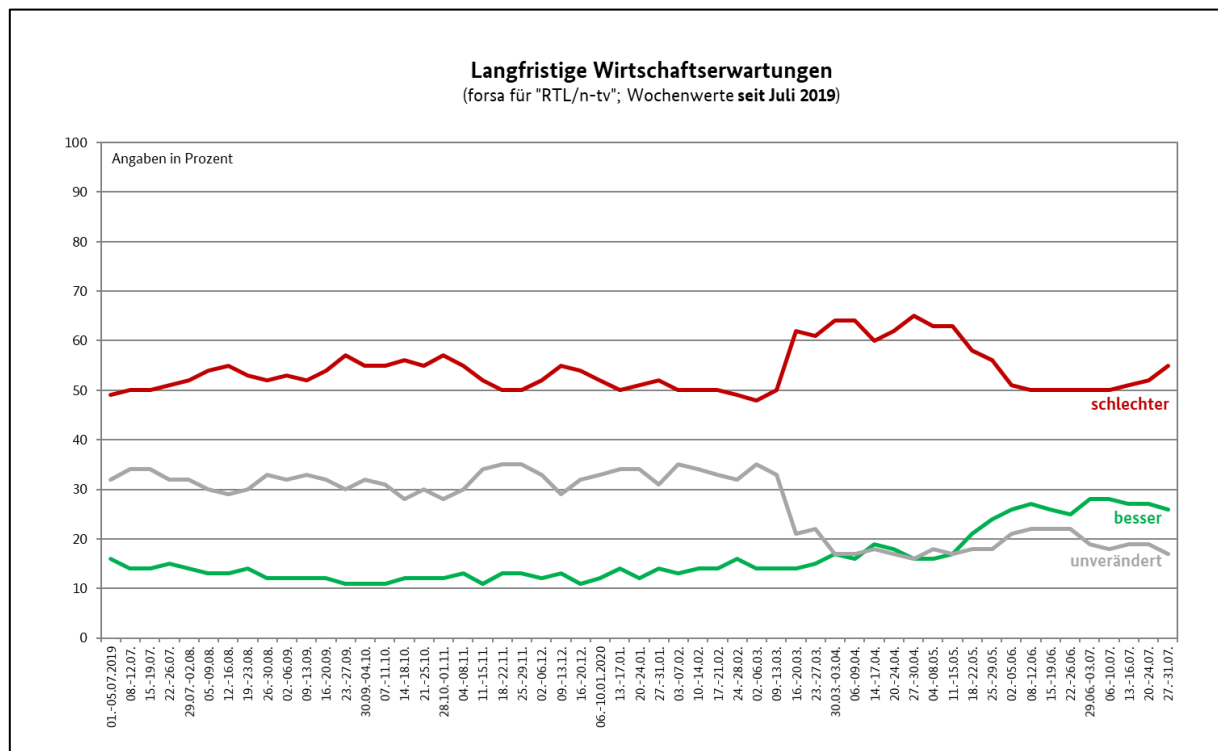
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	26	(-1)
schlechter	55	(+3)
unverändert	17	(-2)
Erhebungszeitraum	27.-31.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 29 (+4) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

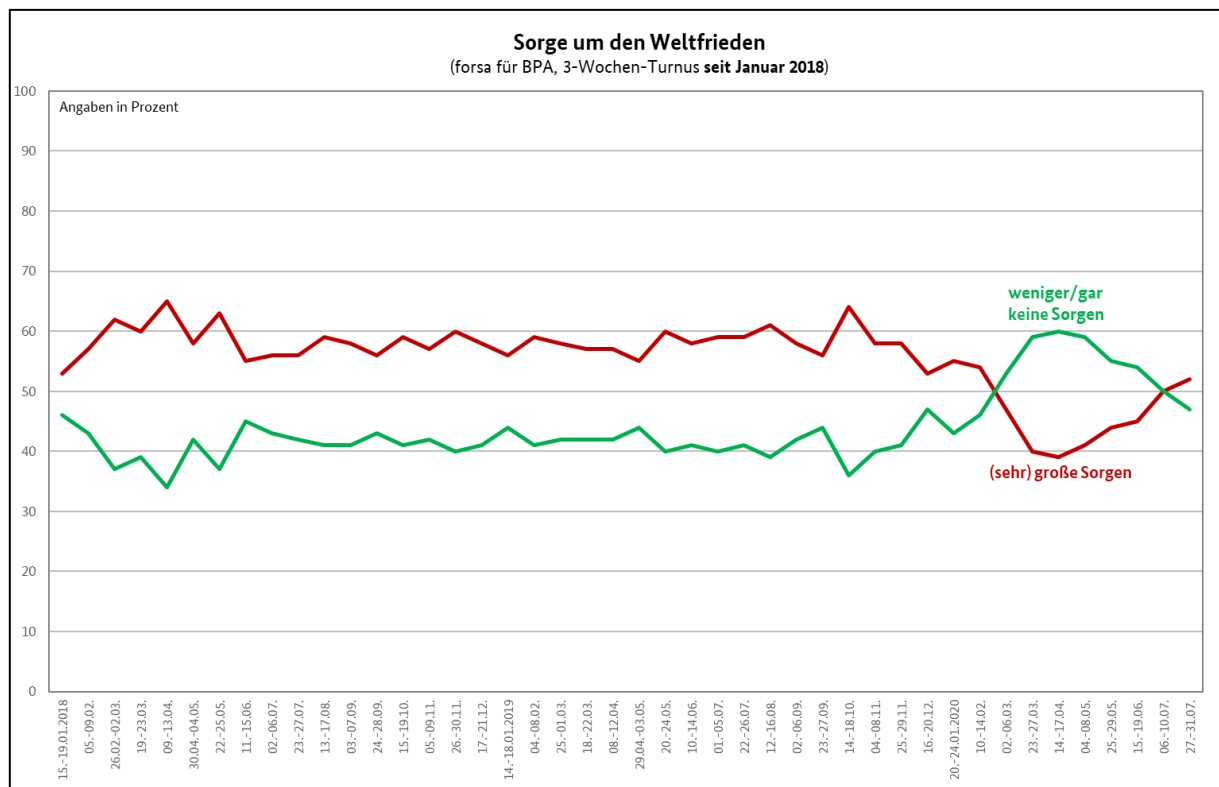
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA	
sehr große	10 (+2)	
große	42 (-)	
wenig	37 (-1)	
keine	10 (-2)	
Erhebungszeitraum	27.-31.07.	

Der Anteil derjenigen, die sich (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden machen, war Mitte April auf dem Tiefstand und steigt seither kontinuierlich. Mittlerweile ist er wieder höher als der Anteil, der sich weniger oder keine Sorgen macht.

Anhänger der Linkspartei (66 %), der Grünen (62 %) und der SPD (61 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (61 % zu 44 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (60 % zu 44 %).

Weniger oder keine Sorgen machen sich überdurchschnittlich oft Anhänger der FDP (59 %).

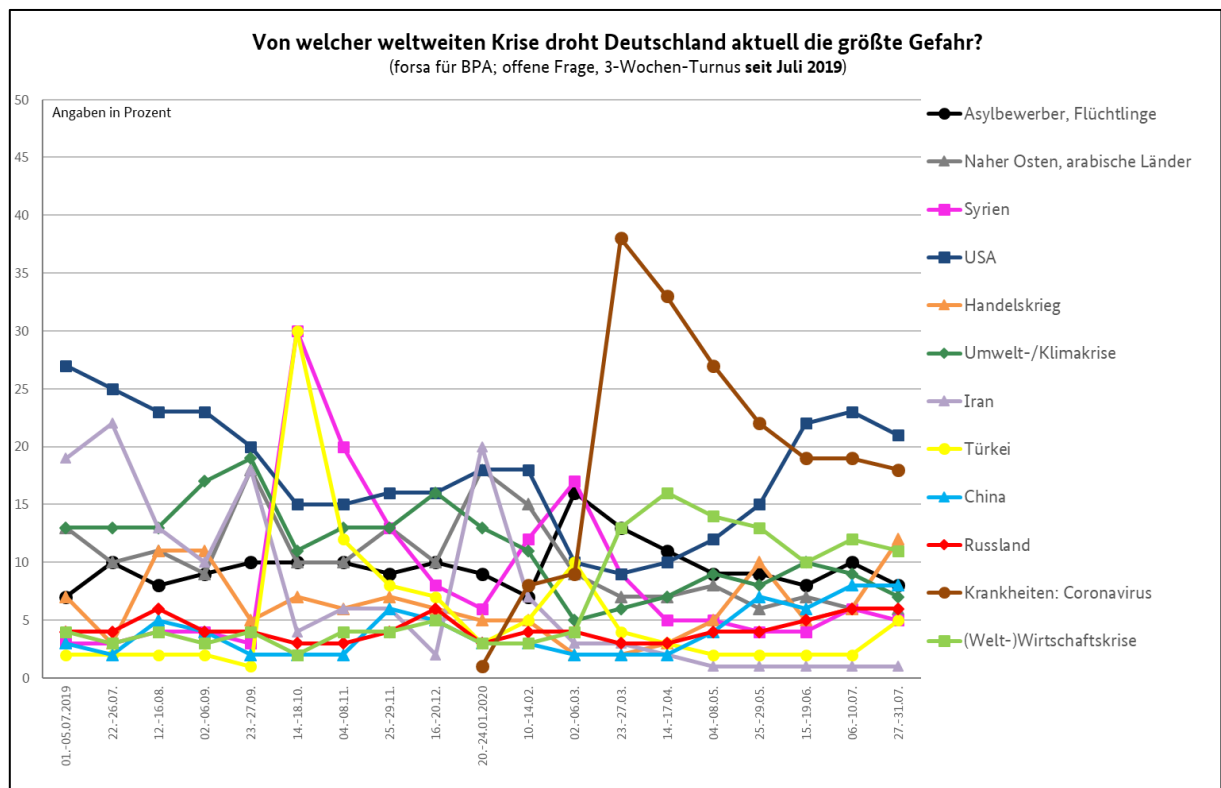


## Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA
USA	21 (-2)
Krankheiten: Coronavirus	18 (-1)
Handelskrieg	12 (+6)
(Welt-)Wirtschaftskrise	11 (-1)
China	8 (-)
Asylbewerber, Flüchtlinge	8 (-2)
Umwelt-/Klimakrise	7 (-2)
Naher Osten, arabische Länder	6 (-)
Russland	6 (-)
Türkei	5 (+3)
Syrien	5 (-1)
Erhebungszeitraum	27.-31.07.

Die Bundesbürger nehmen weiterhin die USA als größte Gefahrenquelle für Deutschland wahr. Auf Krankheiten entfallen nur geringfügig weniger Nennungen.



## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

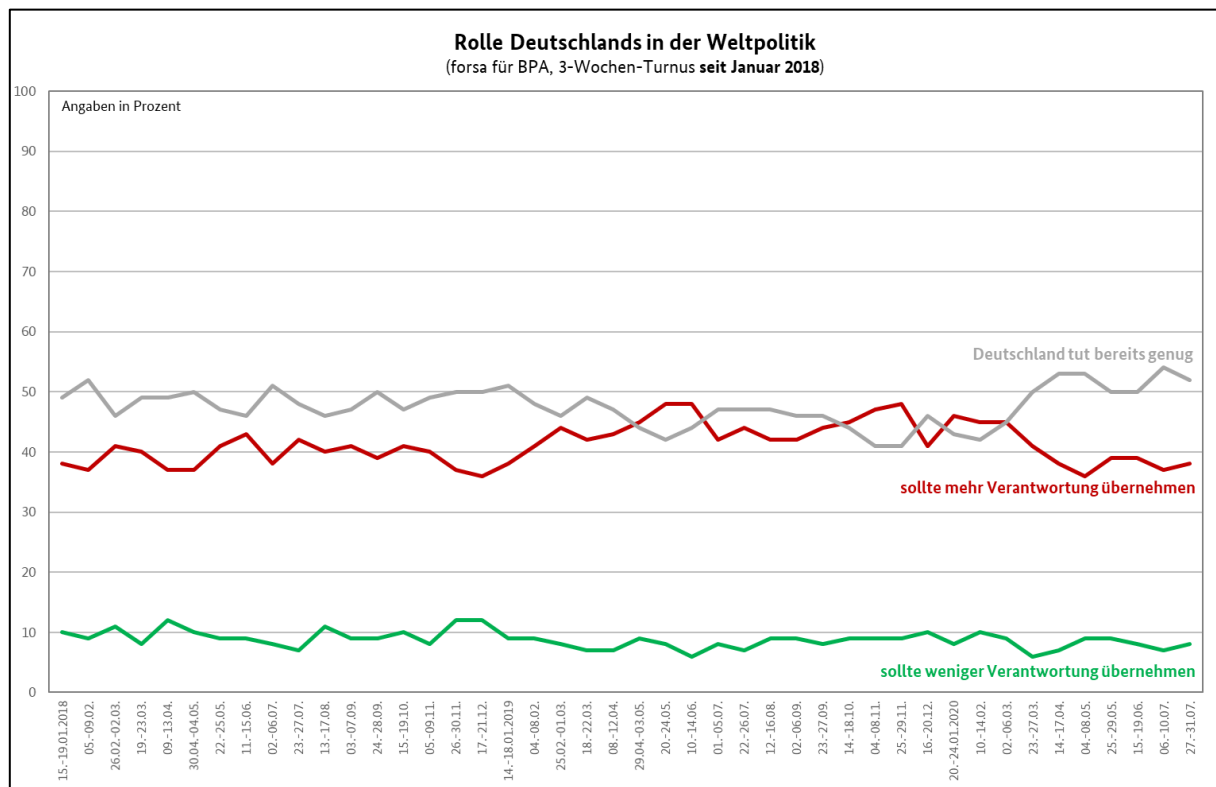
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	38 (+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8 (+1)
Deutschland tut bereits genug	52 (-2)
Erhebungszeitraum	27.-31.07.

Unter 30-Jährige (52 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (45 %) sowie Anhänger der Linkspartei (66 %) und der Grünen (55 %) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (38 %) besonders oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (59 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



## Rolle Deutschlands in der EU

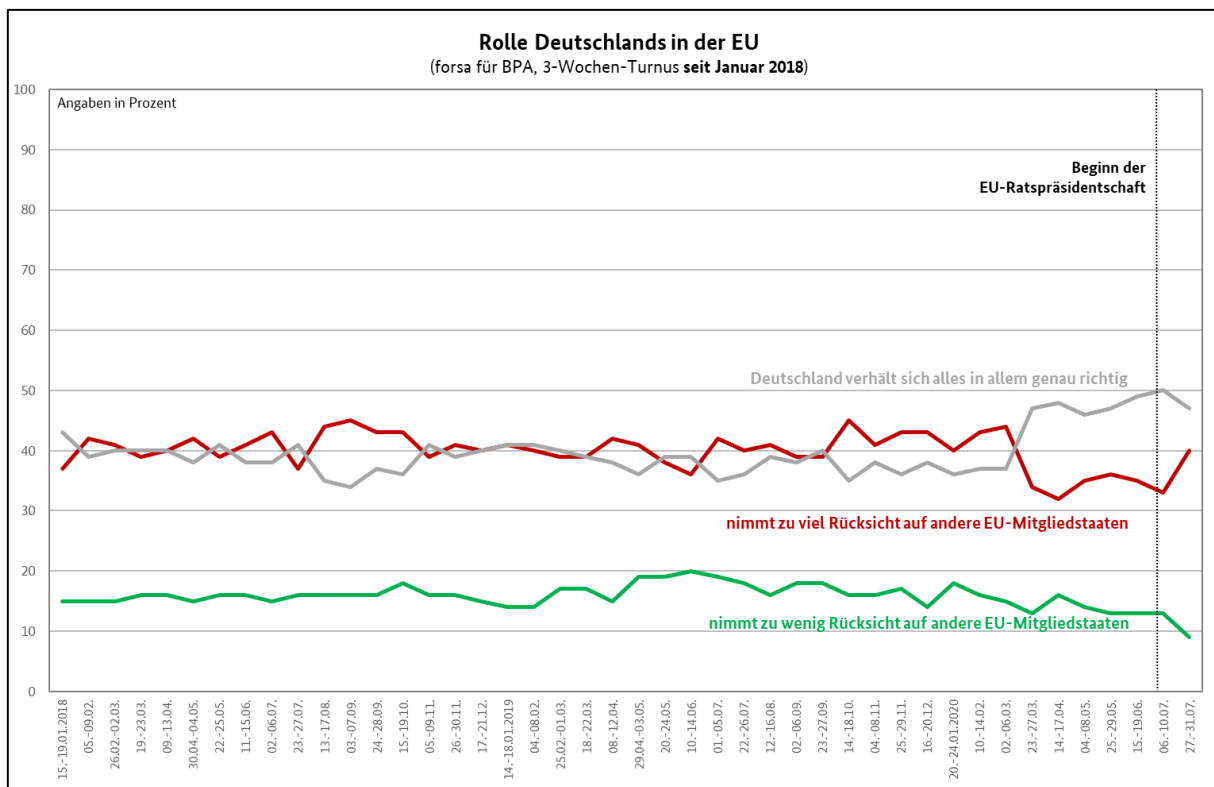
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	40 (+7)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	9 (-4)
verhält sich alles in allem genau richtig	47 (-3)
Erhebungszeitraum	27.-31.07.

Personen mit mittlerer formaler Bildung (52 %), Ostdeutsche (49 %) und 45- bis 59-Jährige (47 %) sowie Anhänger der AfD (84 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Der Anteil derjenigen, die meinen, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt, ist auf den niedrigsten Stand seit Erhebungsbeginn im Mai 2015 gesunken. Überdurchschnittlich oft sind Anhänger der Linkspartei (24 %) und der Grünen (18 %) dieser Ansicht.

Anhänger der SPD (62 %) und der Grünen (58 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.





## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	67 (-5)
USA: Präsident Trump, Wahlkampf, Unruhen wegen Polizeigewalt	15 (-)
Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen	12 (+11)
Allgemeine Wirtschaftslage	6 (-1)
Erhebungszeitraum	03.-05.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus.

Unter 30-Jährige (24 %) nennen das Thema "USA: Präsident Trump, Wahlkampf, Unruhen wegen Polizeigewalt" besonders häufig. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (18 % zu 7 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (18 % zu 8 %).

Das Thema "Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen" hat im Vergleich zur Vorwoche deutlich an Relevanz gewonnen (+11 Prozentpunkte). Besonders oft wird es von Anhängern der Linkspartei (24 %) genannt.

